

Die neue Weltunordnung – Wie begegnen wir den schwindenden Sicherheiten in der sogenannten „Zeitenwende“?

Wir leben in Zeiten vielfältiger, miteinander verbundener und sich gegenseitig verstärkender Krisen. Die Ursachen dafür sind vielfältig: Sie reichen von der weltweiten Corona-Pandemie, die uns lange in Atem gehalten und zu massiven gesellschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Verwerfungen geführt hat, den Herausforderungen durch den globalen Klimawandel, einer unausgewogenen, ineffektiven und zum Teil regelrecht ideologisch forcierten Energiepolitik, weithin unkontrollierter und unser Staatswesen zunehmend überlastender Zuwanderung bis hin zum völkerrechtswidrigen und verbrecherischen Krieg Russlands in der Ukraine. Energieverknappung, Preisanstieg, Insolvenzen und Abwanderung von Großindustrie gefährden sowohl den Wohlstand als auch den sozialen Frieden in unserem Land.

In anderen Ländern der Welt herrschen indes Hunger und biblische Armut, Bürgerkriege und Vertreibung und werden die klassischen westlichen Leitbilder von Freiheit, Demokratie und Menschenwürde offen und mutwillig mit Füßen getreten. Die Anzahl der demokratischen Staaten der Welt befindet sich in einem dramatischen Sinkflug und diktatorische und totalitäre Staaten wie Russland, China und Iran schicken sich in zunehmend aggressiver und rücksichtsloser Weise an, ihren jeweiligen Machteinfluss auf Kosten anderer zu vergrößern. Das Projekt der europäischen Einigung stagniert und der Zusammenhalt der europäischen Staaten ist durch völlig unterschiedliche Interessen, nationale Egoismen und chauvinistischen Populismus massiv gefährdet. Die Bedeutung internationaler Organisationen und allgemeiner Rechtsverbindlichkeiten insgesamt ist in der neuen multipolaren Welt von heute im Schwinden: Die Vereinten Nationen (UN) – mit Russland und China als Vetomächte im UN-Sicherheitsrat – schaffen es nicht, einen wirklich förderlichen Beitrag für eine friedlichere und menschenwürdigere Welt zu leisten.

Ein großer Teil unserer Bevölkerung ist angesichts dieser neuen Weltunordnung stark verunsichert. Innenpolitisch befördern zudem radikale politische Ränder von rechts wie von links die Spaltung der Gesellschaft. Die breite Mitte der Gesellschaft ist zunehmend bedroht: Eine wachsende Politikverdrossenheit und Abkehr vom sachlich geführten, demokratischen Diskurs ist in den letzten Jahren zu beobachten, die mit Unduldsamkeiten im täglichen Leben und in der Medienberichterstattung einher geht und den Frieden innerhalb unserer Gesellschaft gefährdet. Viele Menschen treiben Kriegs- und Existenzängste um, und sie haben das Vertrauen in die Politik(er) verloren. Sie sehnen sich nach Normalität, nach gewohnter Sicherheit.

In dieser von vielen Menschen als bedrohlich empfundenen Situation ist es Aufgabe der Politik, die vielen Ängste ernst zu nehmen und den Menschen neuen Halt und Orientierung zu geben. Dies kann nicht durch leere Versprechungen einer risikofreien Zukunft durch den Staat und Verantwortungsübertragung an den Staat geschehen. Hierzu gehört vielmehr eine Politik, die den einzelnen Menschen würdigt und ernst nimmt, die auf christlich geprägten Wertvorstellungen und einem verantwortlichen Freiheitsbegriff fußt und sich an den Grundsätzen von lebendiger Demokratie, Sozialer Marktwirtschaft, Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit orientiert.

Das Konzept „einer die Welt umgreifenden Friedensordnung, die Gerechtigkeit und Freiheit für alle ermöglicht“, ist vorläufig offenkundig nicht realisierbar. Dieser Gedanke der Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland „Frieden wahren, fördern und erneuern“¹ aus dem Jahre 1981 ist seit dem Ukraine-Krieg aktueller denn je. Angesichts dieser Weltunordnung gilt es deshalb auch nicht zuletzt, neue friedensethische und friedenspolitische Orientierung zu gewinnen. Ziel muss es nichtdestotrotz bleiben, in einer unüberschaubarer und bedrohlicher gewordenen Welt die unantastbare Würde des Menschen in Verantwortung vor Gott und den Menschen zu wahren und zu befördern.

Äußere Sicherheit, Verteidigung, Friedensethik

„Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein!“ – So hat es die Weltkirchenkonferenz in Amsterdam 1948 nach dem Ende des 2. Weltkrieges und der menschenverachtenden Nazidiktatur in Deutschland als Auftrag für Kirchen und Christen in der Welt formuliert und der Unordnung der Welt Gottes Heilsplan entgegengestellt. An Frieden und Freiheit mitzuwirken, die Menschenrechte und das Völkerrecht zu achten und zu bewahren, Krieg zu verhindern und Krieg zu überwinden ist der eindeutige Auftrag für uns Christen, die politische Verantwortung tragen. Diesem Auftrag sind wir auch als Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU (EAK) von ganzem Herzen verpflichtet.

¹ „Frieden wahren, fördern und erneuern“, Denkschrift der EKD (1981)

Daher darf eine kritisch-rationale Sicht auf die Wirklichkeit angesichts der Gefährdungen unserer Welt nicht durch subjektive Befindlichkeiten, Einzel- oder Gruppeninteressen, Glaubenssätze oder Wunschdenken ersetzt werden. Wo das geschieht, wird Politik ihrer Verantwortung nicht gerecht, verspielt sie leichtfertig das Vertrauen der Bürger in die repräsentative Demokratie und zerstört dadurch das friedliche und verbindende Miteinander und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

Die Theologische Erklärung von Barmen 1934 beschreibt die zentrale Aufgabe des Staates kurz und knapp: „Die Schrift sagt uns, dass der Staat nach göttlicher Anordnung die Aufgabe hat, in der noch nicht erlösten Welt, in der auch die Kirche steht, nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen.“²

Wir stellen im Rückblick fest, dass diese zentrale und vornehmste Aufgabe des Staates in den vergangenen 25 Jahren in der Bundesrepublik Deutschland nicht in allen Bereichen hinreichend wahrgenommen worden ist: Entgegen den Sicherheitsinteressen unseres Staates wurde die Personalstärke der Bundeswehr halbiert, die allgemeine Wehrpflicht insbesondere aus Kostengründen ausgesetzt, die notwendige Modernisierung der Waffensysteme, der Ausrüstung und die Beschaffung von Munition unterlassen und ihr die notwendige Finanzausstattung, die den NATO-Partnern verbindlich zugesagt wurde, nicht gewährt.

Wir beklagen, dass die bedrohlichen Entwicklungen unter Präsident Putin, durch das einflussreiche Netzwerk in Politik und Wirtschaft³, z. B. um den ehemaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder herum, von weiten Teilen der politisch Verantwortlichen in Deutschland insgesamt viel zu spät erkannt worden sind. Dadurch ist die Politik nicht nur in eine fatale energiepolitische und wirtschaftliche Abhängigkeit von Putin geraten, sondern sind auch das westliche Bündnis und der europäische Zusammenhalt spürbar geschwächt worden. Zudem müssen wir rückblickend auch selbstkritisch einräumen: Verhängnisvolle Wahrnehmungsdefizite im Blick auf die nationalistische und imperialistisch ausgerichtete Politik Putins in Russland gab es leider in allen Parteien.

Wir müssen feststellen, dass der Westen nur noch eingeschränkt strategiefähig ist (wie z. B. im Fall des sog. Nah-Ost-Konflikts), begründet durch nationale Interessen und unterschiedliche Herangehensweisen an Konflikte, bis hin zu deren totalem Ausblenden. Gerade im Hinblick auf eine Strategiefähigkeit ist die in letzter Zeit so oft in die Verantwortung gerufene Diplomatie gefragt, sei

² Barmer Theologische Erklärung (1934), These 5

³ Vgl. R. Bingener/M. Wehner, Die Moskau Connection – Das Schröder-Netzwerk und Deutschlands Weg in die Abhängigkeit, C.H.Beck, 2023 und Michael Thumann, Revanche – Wie Putin das bedrohlichste Regime der Welt geschaffen hat, C.H.Beck, 2023

es im Bündnis, sei es aber auch im Umgang mit Staaten, zu denen wir wirtschaftliche oder entwicklungspolitische Verbindungen haben. Nur so ist es möglich, in Krisenfällen schnell und überzeugend zu reagieren.

Es ergibt keinen Sinn mit pathetischen Worten eine sogenannte „Zeitenwende“ (Bundeskanzler Olaf Scholz) auszurufen, der dann kein tatsächlicher politischer Neuaufbruch folgt. Im Übrigen ist der Begriff „Zeitenwende“ für uns als Christen ausschließlich positiv besetzt, meint er doch, frei nach dem Apostel Paulus (Gal 4,4), das rettende und Hoffnung stiftende Geschehen der Menschwerdung Gottes in Jesus Christus, das bis heute unsere gesamte Zeitrechnung bestimmt und strukturiert. Statt hohler Politparolen fordern wir die konsequente Rückbesinnung auf eine verantwortungsethische, nüchterne und an den strategischen Interessen Deutschlands ausgerichtete Politik. Diese muss auf der Basis klarer Werteüberzeugungen bereit sein, sich den Realitäten und Abgründen in dieser gefallen Welt wieder neu entgegenzustellen, anstatt sich in utopischen Fantasien einer irdischen Ideal- und Friedenswelt zu verlieren, die uns im Bereich des Vorletzten gerade nicht verheißen ist.

Wir treten für eine Politik ein, die die erforderlichen Konsequenzen aus der neuen Weltordnung zieht, sodass die Sicherheitsinteressen Deutschlands und Europas innerhalb des NATO-Bündnisses verantwortlich wahrgenommen werden können. Dazu gehört, dass alles Erforderliche veranlasst wird, dass die Landesverteidigung ermöglicht wird, dass die Bundeswehr die Personal- und Materialausstattung bekommt, die sie braucht, um unsere Verpflichtungen im NATO-Bündnis erfüllen zu können. Dazu gehört auch die sofortige finanzielle Grundausstattung im Bundeshaushalt für unsere Bundeswehr mit mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Wir müssen uns verteidigen wollen und dies auch tatsächlich können, möglicherweise in einem über längere Zeit währenden Abnutzungskrieg mitten in Europa. Wir blicken mit großer Bewunderung auf den Verteidigungswillen und die Verteidigungsfähigkeit in der Ukraine. Am Beispiel der Ukraine kann man auch erkennen, was es im Ernstfall tatsächlich bedeutet, „das Recht und die Freiheit des Volkes tapfer zu verteidigen“⁴. Wie finden wir nun aber auch in Deutschland wieder Menschen, die für einen solchen unverzichtbaren Dienst bereit sind? Die Frage ist noch völlig offen. Aber das klassische Böckenförde-Diktum⁵ erhält damit eine völlig neue Dimension.

Wir erinnern in diesem Zusammenhang auch daran, dass wir mit der erfolgreichen Sicherheitspolitik, die Helmut Schmidt vorbereitet und die Helmut Kohl umgesetzt hatte, mit dem NATO-

⁴ S. Vereidigung und Gelöbnis von Soldaten der Bundeswehr

⁵ „Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann.“

Doppelbeschluss die Deutsche Einheit in Frieden und Freiheit sowie die Freiheit osteuropäischer Staaten ermöglicht haben, ohnedass dabei ein einziger Schuss gefallen ist. Uns jederzeit und überall in der Welt um Frieden in Sicherheit und Freiheit - mit und ohne Waffen – zu bemühen und, im guten biblischen Geiste, dabei auch in der Weltpolitik stets aktive „Friedensstifter“ (Mt 5,9) zu sein, verstehen wir als unsere vornehmste Aufgabe jetzt und in Zukunft.

Nie wieder dürfen wir die Augen vor der Wirklichkeit des Bösen in der Welt verschließen. Als Christen wissen wir um die Gefährdung des Menschen – um seine Geschöpflichkeit und seine Existenz als Sünder und Gerechter. Wir wissen um Schuld, Irrtum und Verderbtheit der menschlichen Natur. Wir wissen aber ebenso um die eigentliche menschliche Bestimmung und Verheißung von Gott her. Darum orientieren wir uns schon im Hier und Jetzt immer auch an dem Frieden Gottes, der höher ist als alle menschliche Vernunft (Phil 4,7). Daraus folgt für uns als Christen in CDU und CSU das Leitbild einer gleichermaßen vernünftigen wie beherzten Politik jenseits von ideologischem Utopismus auf der einen und hoffnungslosem Fatalismus auf der anderen Seite.

Der Vormarsch illiberaler Systeme weltweit und in Europa – Herausforderung für Rechtsstaat und Demokratie

In Psalm 85 heißt es, dass Gottes Hilfe denen nahe ist, die ihn fürchten, „dass Güte und Treue einander begegnen, Gerechtigkeit und Friede sich küssen“ (V. 11). Nicht nur mächtige Diktaturen, sondern auch autoritäre Regime und sog. illiberale Demokratien in unserer Nachbarschaft, sogar unter unseren NATO- und EU-Partnern, führen uns vor Augen, dass der Bestand von Demokratien nicht selbstverständlich ist.

Dass zur Demokratie eben nicht nur das Prinzip der Mehrheitsentscheidung gehört, sondern ganz zentral der Schutz der Minderheiten durch unveräußerliche Grundrechte und das Prinzip der Gewaltenteilung, ist heutzutage nicht mehr selbstverständlich. Aufgrund von Rechtsstaatseinschränkungen durch demokratisch gewählte Regierungen, z. B. in der Türkei, in Ungarn und Polen, ist dies in den letzten Jahren anders geworden. Wir erkennen, dass auch liberale Demokratien westlicher Provenienz nicht nur durch äußeren Druck in Gefahr geraten können, sondern auch von innen, wenn Mehrheiten sich anders orientieren. Wehrhafte Demokratie und unabhängiger Rechtsstaat überleben nur, wenn eine Mehrheit ihr Überleben will.

Was gefährdet in Deutschland einen solchen Mehrheitswillen? Vier große Gefahrenherde sind zu nennen.

Zum einen der Wohlstandsverlust: In der alten Bundesrepublik ging die Entwicklung der Demokratie – von der Währungsreform 1948, der Verabschiedung des Grundgesetzes 1949 über das sog.

Wirtschaftswunder bis zur Erfahrung von friedlichen Machtwechseln – mit einem kontinuierlich wachsenden Massenwohlstand einher. Anders war die Entwicklung dann schon in den neuen Bundesländern nach dem Beitritt 1990: Hier kam es – trotz des freiheitlich-demokratischen Neubeginns und des neuen wirtschaftlichen Wachstums – sehr bald auch zur Entwertung von bisherigen „Laufbahnen“ sowie einem verbreiteten Gefühl, nur „Deutsche zweiter Klasse“ zu sein. Die neue Weltunordnung mit einem großen Krieg in Europa, mit stark gestiegenen Energiepreisen und einer hohen Inflation könnte die breite Zustimmung zur Demokratie zukünftig weiter gefährden.

Zweitens: „Demokratie braucht Demokraten“ (Norbert Lammert). Die Vorteile von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit werden zwar von vielen Bürgern gerne in Anspruch genommen, Verpflichtungen werden aber zunehmend nicht mehr abgeleitet. Aufgrund der kulturellen und sozialen Diversität sind grundlegende Werte unseres Zusammenlebens, eine positive Haltung der Demokratie und dem Rechtsstaat gegenüber sowie die Bereitschaft zur Verantwortungsübernahme häufig nicht oder nur noch unzureichend ausgebildet. Demokratie und Rechtsstaat sind gefährdet, beispielsweise durch Verschwörungstheorien oder die Zunahme von Radikalisierung und Extremismus.

Drittens: Ohnmachtsgefühle. Obwohl der Einzelne mit demokratischen Rechten ausgestattet ist, zur Wahl gehen und sich politisch einsetzen darf, entsteht bei nicht wenigen Bürgern der Eindruck, dass bestimmte Entwicklungen und Umbrüche, die subjektiv als große Krisen wahrgenommen werden, nicht mehr beherrschbar seien und dass es womöglich ganz anderer, womöglich sogar undemokratischer Mittel bedürfe, um die Dinge wieder in Ordnung zu bringen.

Viertens: Es gibt eine ausgeprägte Unzufriedenheit über die Durchsetzung des Rechts. „Die Kleinen hängt man, die Großen lässt man laufen“ ist eine bekannte Redensart dafür, dass das elementare Gerechtigkeitsempfinden der Bürger durch als willkürlich empfundene rechtliche Doppelstandards verletzt wird. Deshalb ist heutzutage vermehrt ein Unverständnis darüber anzutreffen, wenn klare Rechtsbrüche schöngeredet, relativiert oder geleugnet werden, je nach politisch-moralischer Begründung sogar legitimiert werden, wie z. B. bei Straßen- oder Flughafenblockaden durch sog. Klimaaktivisten.

Der Anspruch einiger weniger, sich in selbstgerechter und selbstermächtigender Weise über das allgemein gültige Recht zu stellen, zersetzt langfristig das Grundvertrauen in Demokratie und Rechtsstaat. Die diesbezüglich immer häufiger wahrzunehmende Zustimmung von gesinnungsverwandten Kreisen aus Öffentlich-Rechtlichem Rundfunk (ÖRR), Publizistik oder Kirche ist ebenfalls als hoch problematisch zu erachten. Der demokratische Rechtsstaat lebt nun einmal davon, dass es keine undemokratische Selbstermächtigung und kein moralisches Recht auf Rechtsbruch geben kann, weil vor dem Gesetz alle gleich sind.

Auch die vermehrt zu beobachtende Schnelligkeit und Hitzigkeit gesellschaftlicher Debatten, in denen die Bereitschaft verlorengeht, aufmerksam zuzuhören und einander verstehen zu wollen, trägt zur alltäglichen Erosion demokratischer Standards und Gepflogenheiten bei. Eine freiheitlich-parlamentarische Demokratie lebt indes zwingend von der fortwährenden Einübung in das „Audiatur et altera pars“⁶. Die grundsätzliche Akzeptanz der Legitimität auch anderer politischer Meinungen und Perspektiven als der eigenen gehört gewissermaßen zum Fundament freiheitlicher Demokratie.

Was ist aus dem Befund abzuleiten?

Wer sich der Verletzlichkeit von Demokratie und Rechtsstaat bewusst ist, wird sie nicht leichtfertig aufs Spiel setzen.

Erziehung zu Verantwortungsbereitschaft und Engagement im Sinne einer wohlverstandenen Demokratieerziehung ist darum als ein gesamtgesellschaftlicher, dialogisch-kommunikativer und lebenslanger Lern- und Bildungsprozess im Sinne der grundlegenden Werte unseres Grundgesetzes zu begreifen, der schon in Kindertageseinrichtung (Kita) und Grundschule grundgelegt werden muss. In weiterführenden Schulen und durch Stärkung der politischen Bildung ist die Debattenkultur zu fördern, u. a. mit dem Ziel, Urteils- und Kritikfähigkeit zu stärken, Dialogfähigkeit zu fördern und zu Verantwortungsübernahme zu ermutigen.

Die Geringschätzung des Rechts muss ein Ende haben, ihr ist mutig entgegenzutreten. Den Institutionen zur Durchsetzung des Rechts, Polizei und Justiz, ist Achtung, Respekt und Unterstützung zu leisten. Das geht einher mit der großen Verantwortung der staatlichen Institutionen für echte und dauerhafte Diskriminierungsfreiheit.

Die Verantwortung für sachlichen Umgang mit Sprache, mit Argument und Gegenargument, tragen in besonderem Maße die Massenmedien, die von journalistisch professionellen Redaktionen gesteuert werden. Soweit es Medien des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks (ÖRR) sind, sind diese in besonderem Maße der Ausgewogenheit und der Vielfalt verpflichtet. Leider hat die Glaubwürdigkeit der Medien in den letzten Jahren messbar Schaden genommen. Liberale Demokratie, wehrhafter Rechtsstaat und duales Mediensystem stellen jedoch eine untrennbare Einheit dar.

Der EAK steht voll und ganz hinter dem Grundauftrag des ÖRR. Deshalb fordert er vom ÖRR ein Mehr an Qualitätsjournalismus und ein Weniger an Haltungsjournalismus sowie die strikte Beachtung des journalistischen Ethos bei der Berichterstattung im Sinne der Unabhängigkeit, Fairness, Wahrheitstreue, Differenziertheit und Ausgewogenheit. Von den kommentierenden Berichterstattungen des ÖRR erwartet der EAK ferner, dass die persönliche Meinung immer deutlich

⁶ „Auch die andere Seite muss man (an)hören!“

erkennbar ist, dass sie in der Haltung einer kritischen und abwägenden Vernunft geschieht und weder eine willkürliche oder ideologisch geprägte Meinungs- und Deutungshoheit noch einen moralischen Erziehungsauftrag beansprucht.

Neue Stabilität und Resilienz durch eine Ökonomie der Hoffnung aus christlicher Verantwortung

Auch ökonomisch schwinden lange geglaubte Sicherheiten. Menschen verlieren die Zuversicht in eine Zukunft voller Lebenschancen für sich und folgende Generationen. Die Antwort auf verunsichernde Herausforderungen liegt in selbstbewusster Akzeptanz von Risiken und im beherzten Aufbau ökonomischer sowie sozialer Resilienz. Verlässlichkeit und Stabilität für wirtschaftliches Handeln in einer marktwirtschaftlichen Ordnung braucht Flexibilität, nicht immer enger gestrickte Vorgaben. Staatliche Aufgabe ist es, Rahmenbedingungen zu schaffen, welche die Effizienz von Märkten und die freie Entfaltung der Individuen und ihrer, für unseren Fortschritt so wichtige, Kreativität sicherstellen. Unser Denken geht dabei über den eigenen Lebenshorizont hinaus und ist auf Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit ausgerichtet.

Grundlegend für eine stabile Ökonomie sind nachhaltige Bewirtschaftung unserer natürlichen Ressourcen, Verhindern weiterer Schädigungen der Öko- und Atmosphäre sowie – wo immer möglich – Ausgleich für bereits eingetretene Schäden. Verantwortungsvolle Nutzung unserer Umwelt schließt sowohl Existenzsicherung der gegenwärtigen Bevölkerung und ihrer realistischen Lebensbedürfnisse als auch die Lebens- und Gestaltungschancen künftiger Generationen ein. Wesentliche Bausteine dabei sind eine gesicherte, bedarfsgerechte, bezahlbare und umweltgerechte Nahrungs- sowie Energieversorgung.

Dazu bedarf es undogmatischer, pragmatischer Energiepolitik, die den genannten Werten verpflichtet ist. Ein wesentliches Element ist die technologieoffene Nutzung aller verfügbaren, gerade auch heimischer Energiequellen. Ebenso wichtig ist das Aufrechterhalten der Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft durch einen auf Erhalt und Ausbau industrieller Produktion ausgelegten, europäischen Energiemarkt. Für stärkere Resilienz unserer Wertschöpfung gilt zudem, die Unabhängigkeit von Rohstoffen zu erhöhen. Eine funktionierende Kreislaufwirtschaft bei gleichzeitiger Energiesouveränität ist auch angesichts anziehenden Systemwettbewerbs ein Gebot der Stunde. Zusammen mit marktwirtschaftlicher Bepreisung umweltschädigender Emissionen und Wirtschaftsweisen gewinnen wir Spielraum für Wachstum und Wohlstand und verbinden Klimaschutz mit Versorgungssicherheit. Damit werden wir unserem christlichen Anspruch gerecht, die Schöpfung sowohl zu nutzen als auch unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten.

Der Strukturwandel und durch externe Krisen verursachte Knappheiten bereiten vielen Menschen Sorge und begründen Widerstände gegen notwendige Veränderungen. Unsere Verantwortung fordert, jene zu stützen, die mit Veränderungen überfordert sind und sich in ihrer sozialen Teilhabe eingeschränkt sehen. Merkmal unseres deutschen Weges ist es nicht, von oben herab Anpassung zu erzwingen und entstehende Nachteile lediglich finanziell zu überdecken. Wir wollen das Potential der einzelnen Menschen fördern und sie zu selbständiger, beherzter und zuversichtlicher Gestaltung veränderter Lebensbedingungen befähigen. Wir brauchen in der aktiven Arbeitsmarktpolitik verstärkt die Mobilisierung unseres eigenen Arbeitskräftepotenzials, um mit Blick auf die demografischen Herausforderungen unseren Wohlstand zu sichern. Daher kommt der Hilfe zur Selbsthilfe eine besondere Bedeutung zu.

Politik, die durch Vorschriften, Maßregelungen oder Paternalismus Menschen zu steuern versucht, schafft kein Vertrauen. Stattdessen setzen wir auf Soziale Marktwirtschaft als Wirtschaft des Vertrauens und der Zuversicht. Aufgabe verantwortlicher Führung in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ist es, darauf hinzuwirken, dass sich die Menschen der eigenen Fähigkeiten bewusst werden, und ihre Selbstverantwortung stärken. Dies ist vor allem Aufgabe des Bildungssystems, aber auch politischer und medialer Kommunikation.

Statt sich in Auflagen und Verboten zu verlieren, muss der Fokus auf Entscheidungshilfen in Form von Bepreisung und steuerlicher Anreizsetzung liegen. Unausgewogene klimapolitische Entscheidungen können zu Steigerungen von Lebenshaltungskosten führen. Drastisch gestiegene Energiepreise sind bereits deutlich spürbare Elemente lange nicht gekannter inflationärer Impulse. Zwar zeigt die Erfahrung, dass marktwirtschaftliche Anpassungsprozesse preisdämpfend wirken, wenn solche Prozesse nicht politisch blockiert werden. Dennoch ist es auch staatliche Aufgabe, gerade geringe und mittlere Einkommen und Renten vor untragbarer inflationärer Entwicklung zu schützen. Das geschieht durch offene Handelsbeziehungen, durch konsequente Wettbewerbskontrolle, durch Bremsen inflationsfördernder Staatsverschuldung, durch Eingrenzung der Belastungen von Arbeitseinkommen sowie durch angemessene Anpassung von Sozialleistungen.

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine führt uns wie unter einem Brennglas die Notwendigkeit internationaler Kooperation vor Augen. Nicht nur sicherheitspolitisch, sondern auch in ökonomischer Hinsicht ist engere Kooperation Deutschlands innerhalb der EU und mit Drittländern essenziell. Ein belastbares, verlässliches, auf gegenseitigen Vorteilen beruhendes Netzwerk der Wirtschaftsbeziehungen erhöht Stabilität und mehrt den Wohlstand aller. Im Systemwettbewerb zwischen Demokratien und Autokratien gilt es, die eigene Rolle stärker als bisher sowohl wert- als auch selbstbewusst zu gestalten. Dazu gehören auch Freihandelsabkommen mit den Demokratien der Welt, vor allem mit den Ländern des politischen Westens. In diesem Zusammenhang muss die Europäische Union ihr handelspolitisches Gewicht als weltweit größter

Binnenmarkt nutzen und in außenpolitisches Potential übersetzen. Gerade im Hinblick auf die Wahrung der Menschenrechte und den Schutz der planetaren natürlichen Lebensgrundlagen sind Handelsverträge und Entwicklungshilfe nach dem Prinzip der Konditionalität zu gestalten.

Sozialer Zusammenhalt

Wir leben schließlich in einer Welt, in der Zusammenhalt gefordert ist: Fluchtmigration und Inflation sind auch die größten aktuellen sozialpolitischen Herausforderungen im innenpolitischen Spiegel der neuen Weltunordnung. Mitte 2022 lebten in Deutschland knapp drei Millionen Menschen mehr als Ende 2014. Dieser Anstieg ist vor allem auf die Fluchtmigration als Ausdruck der neuen Weltunordnung im Zusammenhang mit Krieg und Gewalt in Syrien, Afghanistan und dem Irak 2015/2016 sowie nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine zurückzuführen.

Das Diakonische Werk und die anderen Träger der freien Wohlfahrtspflege haben sowohl in der Flüchtlingsarbeit als auch im Winter 2022/23 (Wärmewinter) Großartiges geleistet. Sie sind für die Soziale Arbeit unersetzlich, zeigen sie doch auf, wie effektiv und effizient Daseinsvorsorge als öffentliche Aufgabe durch freie Träger im Sinne des Subsidiaritätsprinzips zu organisieren ist. Dabei sind die freien Träger der Wohlfahrtspflege keine bloßen Dienstleister für die öffentliche Hand, sondern erbringen vielmehr eigenständige, belastbare und wertegebundene Angebote. Sie sind geprägt durch das breite Spektrum ihrer unterschiedlichen religiösen, humanitären sowie weltanschaulichen Zielsetzungen und sind damit Ausdruck einer freiheitlichen Sozialpolitik.

Eine zentrale Aufgabe der Integration ist die Vermittlung der grundlegenden Fähigkeiten Sprechen, Lesen und Rechnen, weil diese Fähigkeiten Voraussetzung für den Erwerb aller anderen Fähigkeiten sind. Dies gilt auch und gerade für den (früh-)kindlichen Bereich, in dem Maßnahmen mit Anreizen und Selbstverpflichtungen an ihre Grenze stoßen. Trotz des Anspruchs Förderung in Kindertageseinrichtungen (Kita) und in der Kindertagespflege nach dem Achten Buch Sozialgesetzbuch gibt es eine nicht unerhebliche Zahl von Kindern, die ohne ausreichende Deutschkenntnisse in die Grundschule eintreten. Das Kita-System, das auf Freiwilligkeit beruht, stößt mit seiner überwiegend alltagsintegrierten Sprachförderung oft an seine Grenzen, da diejenigen, die die Hilfe besonders benötigen, aus vielfältigen Gründen von diesen Hilfen nicht erreicht werden. In der Praxis gibt es schon Beispiele für den Weg der verbindlichen Sprachförderung vor dem Schuleintritt. Dies muss deutschlandweiter Standard werden. Politisch ist deshalb von besonderer Bedeutung, weil hier eine Vorschulpflicht eingeführt werden muss.

Wir erleben des Weiteren als Folge einer unausgewogenen Energiepolitik und internationalen Konflikten eine Verknappung von Energieträgern mit allen Folgewirkungen auf energieintensiv erzeugte Produkte. In einer marktwirtschaftlichen Ordnung äußern sich Verknappungen durch

steigende Preise. Die Preissteigerungen betreffen insbesondere finanziell schwächer gestellte Personen, da bei ihnen der Anteil für lebensnotwendige Ausgaben in ihrem Haushaltsbudget besonders hoch ist. Dies betrifft vor allem Ausgaben für Lebensmittel sowie für Heizung und Strom. Das wird zu einer sozialen Frage. Die Inflation kann kurzfristig durch Subventionen sowie treffsicheren Maßnahmen zur Veränderung des Verbraucherverhaltens bekämpft werden. Langfristig wirken jedoch nur Maßnahmen zur Ausweitung des Güterangebotes vor allem durch Freihandelsabkommen sowie der Geldpolitik und der Begrenzung der öffentlichen Verschuldung.

Wir leben in einer gefährlichen Welt voller neuer Unübersichtlichkeiten, Disruptionen und Herausforderungen. Die Nachkriegszeit, die ihren Ausgangspunkt im 8. Mai 1945 und ihren Höhepunkt in den Jahren 1989/90 mit der Überwindung der Spaltung Europas und Deutschlands hatte, hat am 24. Februar 2022 ihr jähes Ende gefunden. Durch die Jahrzehnte der Abwesenheit von Krieg in Mitteleuropa wurden in der bisherigen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland nicht nur unsere Vorstellungen von Friedenspolitik und Friedensethik nachhaltig geprägt, sondern auch unsere tragenden politischen Konzepte und Überzeugungen in Bezug auf die weltweite Durchsetzung von Demokratie und Völkerrecht, Rechtsstaatlichkeit, Globalisierung, Freiheits- und Menschenrechtsstandards. Spätestens durch den völkerrechtswidrigen Angriff der Russischen Föderation auf die Ukraine müssen wir nun zu Kenntnis nehmen, dass sich die Welt, in der wir leben, schon seit viel längerer Zeit dramatisch verändert hat und sich manche politischen Gewissheiten und auch ethisch-moralischen Wunschvorstellungen von Gestern als Illusionen erwiesen haben. Zu diesen Illusionen gehört z.B. auch die fragwürdige friedensethische Positionierung der EKD-Synodalkundgebung zu Frieden und Gerechtigkeit aus dem Jahre 2019⁷, die die EKD-Friedensdenkschrift von 2007 („Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Friedensorgen“) in vielen Punkten für überholt erklärt und rein pazifistisch fortschreibt, indem z.B. die Perspektive des Einsatzes militärischer Mittel im Sinne der „rechtserhaltenden Gewalt“ verabschiedet und die gesamte Argumentation einseitig auf die Verpflichtung zur „Gewaltfreiheit“ verengt wird.

Angesichts der neuen Weltunordnung, die durch dramatische globale Dysfunktionalitäten und multiple Gefahrenpotentiale gekennzeichnet ist, müssen wir aber nicht nur neue verteidigungs-, sicherheits- und friedenspolitische Antworten auf die gegenwärtigen Herausforderungen finden, sondern uns auch die massiven Existenzbedrohungen in Bezug auf unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung selbst, unseren Wohlstand, die gesamte Art unseres (Zusammen-)

⁷ Kundgebung der 12. Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) auf ihrer 6. Tagung (2019), „Kirche auf dem Weg der Gerechtigkeit und des Friedens – Lass ab vom Bösen und tue Gutes: suche Frieden und jage ihm nach! (Ps 34,15).

Lebens sowie unsere fundamentalen Wertvorstellungen neu vergegenwärtigen. Die Abgründe dieser neuen Weltunordnung erweisen sich im Grunde genommen als historische Variationen der ewig gleichen Probleme unseres – biblisch gesprochen – alten „Äons“⁸.

Die notwendige Neuausrichtung unserer Politik in Zeiten schwindender Sicherheiten wird nur dann erfolgreich sein und neue Verlässlichkeiten schaffen, wenn wir auch tatsächlich bereit sind, uns den unangenehmen Wahrheiten und Realitäten dieser Weltzeit wieder nüchtern, ehrlich und konsequent zu stellen. Wir müssen bereit sein, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen, ideologischem Wunschdenken zu entsagen, die komplexen Folgen unseres Handelns (oder Unterlassens) besser abzuschätzen und selbstbewusst und strategisch-klug die eigenen Werte – nach außen wie nach innen – neu zu behaupten und zu verteidigen. Wenn wir nicht wieder lernen, unsere deutschen Interessen mit einem vereinten Europa zu vertreten, wird es niemand sonst für uns tun.

Für die Politik der beiden Unionsparteien bedeutet das: Auf der Basis des Christlichen Menschenbildes bzw. der sich aus dem christlichen Glaubensweisenden Wertvorstellungen gilt es – jenseits einer hoffnungslosen Schwarzseherei auf der einen und einer moralistischen Überheblichkeit auf der anderen Seite – alle möglichen politischen Optionen immer auch zugleich an den Prüfsteinen der Realitätstauglichkeit, der Umsetzbarkeit, der pragmatischen Lösungsorientierung und der konsensualen Kompromissfindung auszurichten.

⁸ Von gr. αἰών = „Weltzeit, Zeitalter“, vgl. Gal 1,4: „...dass er (sc. Jesus Christus) uns errette von dieser gegenwärtigen, bösen Welt...“.